Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen auswerthalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesier. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Marowski. —

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, Rue Vaviennes-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22

Nr. 243. **Berlin, Freitag den 20. Juni 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis des einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 20. Juni.

Die „National-Zeitung" meint bei Besprechung der gestrigen Reichstagssitzung, aus den Reden des Abg. Bamberger, des Reichskanzleramts-Präsidenten Hofmann, des Abg. Delbrück und des Fürsten Bismarck habe sich herausgestellt, daß wieder einmal eines jener berühmten Mißverständnisse vorgelegen, daß Herr Hofmann die Anfrage des Herrn Delbrück, die Sache vertraulich zu erledigen, mißverstanden und mißverständlich weiter berichtet habe.

Wir glauben dieser Auffassung auf das Entschiedenste widersprechen zu müssen. Ein „Mißverständniß" hat sich nicht herausstellen können, weil eben keins vorlag. Was vorliegt, ist die einfache Thatsache, daß die Herren Interpellanten eine Anfrage an den Reichskanzler, so leicht ihnen dieselbe gemesen wäre, nicht gerichtet haben. Wenn sie wirklich den Zweck gehabt hätten, ihre Besorgnisse zu zerstreuen, so hätten sie das durch direkte Erkundigungen ohne Mühe erreichen können. Aus dem stenographischen Berichte geht klar hervor, daß derartige Erkundigungen unterblieben sind, und daß die „Nat.-Ztg." mit ihren angeblichen Mißverständnissen eine unrichtige Andeutung macht. Sie schließt ihren Artikel, dem man ansieht, daß es auch ihr lieber gewesen, wenn die Interpellation nicht gestellt worden wäre, mit der Behauptung: „Der bleibende Nutzen der Interpellation wird jedenfalls der sein, das Gespenst der Münzveränderung endlich und gründlich verscheucht zu haben."

Es ist auch das eine ornamentale Rückzugsphrase. Die Beantwortung der Interpellation hat nichts konstatirt, als was Jeder längst vorher wußte, daß nämlich bisher von keiner Seite ein Antrag auf Münzveränderung gestellt worden sei. Der einzige Nutzen dieser höchst überflüssigen Interpellation ist der gewesen, daß Herr Bamberger eine Rede über ein Lieblingsthema hat halten können, und daß die Tarifverhandlungen um eine Sitzung verzögert worden sind. Wir halten dergleichen Interpellationen für ein frivoles Spiel mit der Zeit des Reichstags und den Interessen des Landes.

Aus dem fernen Süden Afrikas kommt heute eine Kunde, welche in Europa und insbesondere in Deutschland eine Fülle von Erinnerungen und Betrachtungen wachrufen, deren Bedeutung sich aber namentlich in Frankreich grade im gegenwärtigen Augenblicke besonders fühlbar machen wird: Prinz Louis Napoleon ist im Kampfe gegen die Zulus gefallen.

Die bisher ziemlich mangelhaften telegraphischen Detailnachrichten besagen:

London, Donnerstag 19. Juni, Abends. (W. T. B.) Offizielle Nachrichten vom Kap melden den Tod des Prinzen Louis Napoleon; die Leiche derselben ist aufgefunden worden. Lord Chelmsford hat sich nach Chislehurst begeben um die Kaiserin von dem Todesfall zu benachrichtigen.

— Freitag 20. Juni, Morgens. Weitere Nachrichten vom Kap, den 3. ds., melden über den Tod des Prinzen Louis Napoleon: der Prinz sei, als er sich mit einigen Offizieren auf eine Rekognoszirung begeben hatte und mit denselben vom Pferde gestiegen sei, von den Zulus überrascht und getödtet worden; ebenso sei ein Theil der Soldaten getödtet worden, während andere entkamen.

Im Unterhause theilte der Kriegsminister Stanley den Tod des Prinzen Louis Napoleon mit und gab dem Bedauern über den herben Verlust, den die Kaiserin Eugenie erlitten, Ausdruck. Bezüglich der Thatsache selbst theilte der Minister mit, daß der Prinz die Rekognoszirung auf den Befehl des englischen Vize-Generalquartiermeisters unternommen habe. Die Leiche, welche von 17 Assegais durchbohrt gefunden wurde, wird unter Eskorte nach England gebracht werden.

Prinz Louis Napoleon war in den Tuilerien am 16. März 1856 geboren, zu der Zeit, als das zweite Kaiserreich auf dem Höhepunkt seines Glanzes stand. Auf dem nunmehr kreuzenden zwanzigjährigen Jüngling, welcher sich der Sympathien des englischen Königshauses, sowie namentlich auch der Freundschaft des Königs Alfonso von Spanien erfreute, und dem auch Kaiser Alexander von Rußland bei seiner letzten Anwesenheit in England Beweise von Huld und Wohlwollen gegeben, ruhten die Hoffnungen eines nicht geringen Bruchtheils des französischen Volkes, und gerade in der letzten Zeit mag die Erwartung, daß die Erfüllung dieser Hoffnungen sich beschleunigen werde, nicht unerheblich gestiegen sein. Seit der Militärakademie zu Woolwich erzogen und dem Offizierkorps der königlichen Artillerie angehörig, war es der spontane Entschluß des Prinzen, sich dem Stabe der zur Verstärkung nach Afrika entsendeten britischen Truppen anzuschließen. Die Führer der napoleonischen Partei in Frankreich sollen seiner Zeit durch diesen Entschluß ziemlich überrascht worden sein. Angesichts der inneren Lage des Landes erschien es ihnen wenig opportun, daß der Prinz sich auf lange Zeit aus Europa entferne und einem an Gefahren aller Art reichen Unternehmen sich anschließe. Prinz Napoleon bestand auf seinem Entschluß, das Waffenhandwerk im Ernstfalle kennen zu lernen und sich zugleich der englischen Armee, die ihn gastlich in ihre Reihen aufgenommen, dankbar zu erweisen. Der Prinz mochte hoffen, daß die auf solche Weise begründete Waffenbrüderschaft ihm von Nutzen sein dürfte, wenn einmal der Ruf Frankreichs an ihn ergehen sollte.

Gerade in unserer heutigen Morgennummer theilten wir nach dem Pariser „Figaro" Einiges aus dem Aufenthalt des Prinzen im Stabe der englischen Armee mit, ein unter seiner Betheiligung ersttürmter Kaffernkraal war ihm zu Ehren „Napoleonskraal" benannt worden. Mit einem großen Theil seiner Begleiter ist er nun, es fehlt noch die genaue Angabe des Datums, bei einem Ueberfalle seitens der Zulus erlegen, wohl als Opfer jener traditionellen Nachlässigkeit der englischen Armee im Wach- und Vorpostendienst, welche als Folge der Verwöhnung von Offizieren und Soldaten in Bezug auf Bequemlichkeit und Verpflegung auch im Felde — dem Heere schon so viele bittere Erfahrungen eingetragen hat.

Er ist der dritte Napoleon, der sein Leben unter der englischen Flagge beschließt: Sein Großoheim — gleichfalls auf afrikanischem Boden — und sein Vater als Verbannte, er selbst in englischer Uniform. Es liegt eine großartige Tragik in dem Zusammentreffen des Umstandes, daß in dem nämlichen Augenblick, in welchem die gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs nach neun Jahren ihre Rückkehr nach Paris beschließen und der herausfordernde Wortführer der Bonapartisten daraus frohlockend das nahe Ende der Republik verkündet — ein englisches Kriegsschiff die Leiche des Sohnes und Erben Napoleon III. nach Europa zurückführt.

Ist die bonapartistische Legende damit zu Ende? Die Geschichte der napoleonischen Dynastie für Frankreich und Europa abgeschlossen? Noch lebt der Prinz Napoleon, der Sohn des Königs Jerome, im Alter von 57 Jahren, und aus seiner Ehe mit der Tochter des Königs Victor Emanuel sind drei Kinder, darunter zwei Söhne; die Prinzen Ludwig (geb. 1862) und Victor (geb. 1864), entsprossen. Für jetzt ist es freilich unabsehbar, ob sie mehr als den Namen Napoleon erben werden.

Auf Antrag des Staatsministeriums ist Allerhöchsten Ortes genehmigt worden, daß die in der Nachbarschaft des Raynvitz'schen Palais auf dem Königsplatz belegenen fiskalischen Grundstücke, welche das Reich neben dem genannten Palais für die Errichtung eines **Reichstagsgebäudes** zu erwerben wünscht, dem Reiche käuflich oder im Wege der Verfügung überlassen werden können.

Nachdem nun Frankreich seine innere Sicherheit, wie wir hören, in seiner gestrigen Sitzung bereits vorgelegen, und hat derselbe heute an den Bundesrath den bezüglichen Bericht erstattet.

Der Minister des Innern hat neuerlich in Betreff der Frage, ob es zulässig ist, die Anwesenheit und Mitwirkung der **Referendare** nicht nur bei den öffentlichen Sitzungen der Bezirksverwaltungsgerichte, sondern auch bei den Berathungen über die betreffenden Entscheidungen zu gestatten, die Provinzialbehörden auf das unter dem 29. Mai im „Staatsanzeiger" veröffentlichte Regulativ zur Ausführung des Gesetzes über die Besoldung für den höheren Verwaltungsdienst vom 11. März d. J. verwiesen. Im Einverständniß mit dem Ober-Verwaltungsgericht wird seitens des Ministers diese Frage bejaht. Der Minister führt nach Analogie anderer Behörden aus, daß an den Berathungen zwar nur die Mitglieder der Gerichte theilzunehmen haben, daß aber die Anwesenheit auch anderer Personen dann zulässig sei. Hiernach werden die Referendare während der Beschäftigung bei den Bezirksgerichten regelmäßig an den Sitzungen und Berathungen dieser Behörden theilzunehmen haben, außerdem aber nicht nur durch den Vorsitzenden dazu in dem laufenden Dezernat des Direktors oder des zweiten ernannten Mitgliedes beschäftigt werden müssen, da diese Thätigkeit besonders geeignet sei, in die Kenntniß der bestehenden Kompetenzverhältnisse und der Bestimmungen über das Verfahren einzuführen.

Es ist neuerdings in Frage gekommen, wie es bei **Vertheilung** des **Gesammt-Reineinkommens** eines Eisenbahnunternehmens auf die einzelnen Stationen zum Zweck der Kommunalbesteuerung zu halten sei in Betreff der sog. kontirten Frachten, d. h. derjenigen Frachtbeträge, welche von dem Absender nicht an die Kasse der absendenden Station, sondern direkt an die Zentralkasse der Gesellschaft entrichtet werden. Bisher ist im Allgemeinen daran festgehalten worden, daß für die Feststellung des steuerpflichtigen Antheils der einzelnen Stationen einer Eisenbahn nur die wirklichen Baareinnahmen der einzelnen Stationskassen nach Abzug des auf andere Bahnen fallenden Antheils, in dem laufenden Jahre in Ansatz zu bringen seien. In gewissen Fällen führt jedoch diese Auslegung der Vorschriften zu einer Benachtheiligung einzelner Gemeinden. Bei Erlaß des hier maßgebenden Zirkularreskripts vom 29. September 1856 ist es nicht die Absicht gewesen, den Bahnverwaltungen freie Hand zu lassen, in welchen Stationsgemeinden sie mit einem beträchtlichen Theil ihres Einkommens, wie der aus dem inneren Frachtverkehr herrührende Theil es ist, zu den Kommunalsteuern heranzuziehen vermögen wollen. Denn würde man das zulassen, so wären die Eisenbahnunternehmungen in der Lage, durch Zahlungsmanöver ihre Gemeindesteuerlast nach Wunsch dahin zu verlegen, wo sie ihren finanziellen Interessen am bequemsten erschiene. Mit Rücksicht hierauf haben die betreffenden Minister sich neuerdings dahin ausgesprochen, daß die kontirten, aus dem inneren Frachtverkehr erwachsenden Frachtbeträge, welche nur in Folge einer den wirklichen Verkehr nicht berührenden Rechnungsmanipulation bei der Hauptkasse zur Zahlung gelangen, denjenigen Stationen zur Anrechnung zu bringen seien, denen dieselben thatsächlich angehören.

Rundschau im Auslande.

Frankreich ist im Laufe seiner politischen Entwickelung wieder einmal bei einem jener historischen Momente angelangt, die eine bedeutsame Wendung in den Geschicken des Landes ankündigen, aber die Frage: ob zum Guten, oder zum Schlimmen, einstweilen unentschieden lassen. Die als Kongreß versammelt gewesenen beiden Kammern haben gegen den Widerspruch der monarchisch gesinnten Minorität den Artikel 8 der Verfassung, welcher Versailles zum Parlamentssitz proklamirte, aufgehoben und damit im Prinzip die Rückkehr der Kammern nach Paris ausgesprochen. Der offizielle Kommissionsbericht motivirte seinen diesbezüglichen Antrag mit dem Hinweise auf die Nothwendigkeit, „die Hauptstadt dem Lande wiederzugeben." Für die Anhänger des republikanischen Regimes bedeutet der Kongreßbeschluß einen abermaligen und eklatanten Sieg der von ihnen vertretenen Sache; es wird nun ihre Aufgabe sein, den Pessimismus der Gegner und Zweifler ad absurdum zu führen und vor dem In- und Auslande den Beweis zu führen, daß der parlamentarische Domizilwechsel auf die Funktionen des staatlichen Organismus nicht nur nicht störend, sondern eher fördernd wirkt. In den Annalen des französischen Parlamentarismus früherer Perioden steht allerlei, was um das Gelingen des von Kongreß beschlossenen Experimentes besorgt machen könnte; die Pariser Atmosphäre hat sich dem Gedeihen des konstitutionellen Pflänzlings noch immer sehr wenig zuträglich erwiesen, und wenn Paul Granier aus Cassagnac, sich von seinen Parteigenossen isolirend, für die Rückkehr der Kammern nach Paris stimmte, weil er der Ueberzeugung lebt, daß diese Maßregel den Sturz der Republik zur Folge haben werde, so läßt sich gegen eine solche Theorie vom empirischen Standpunkte aus etwas besonders Stichhaltiges nicht eben vorbringen. Alles ist auf die Zukunft gestellt, und diese der französischen Republik möglichst sauer zu machen, wird fortan das Hauptbestreben der Rechten und — der Intransigenten von der äußersten Linken werden.

Nachrichten vom Hofe des Prinzen Louis Napoleon, findet der Leser weiter oben zusammengestellt und besprochen.

Unsere gestern an dieser Stelle entwickelte Ansicht, daß die **egyptische** Angelegenheit in das akute Stadium zu treten scheine, hat inzwischen ihre volle Bestätigung gefunden. Während die „Pol. Korr." einen reservirten Ton anschlägt, weil in Wien bis gestern Mittag von dem Abdikationsverlangen des nach Kairo geeilten französischen Konsuls nichts bekannt war, wußte die „Agence Havas" schon um die zustimmende Haltung der egyptischen Minister und erörterte bereits die dem „künftigen Khedive" von englisch-französischer Seite etwa zu gewährenden Erleichterungen. Uebrigens wird die Rolle des in den französischen Meldungen nur beiläufig erwähnten England jetzt von der „Times" ausführlicher charakterisirt, und ist aus den Informationen des Citylblattes ersichtlich, daß beide Mächte einen nicht mißzuverstehenden Druck auf den Khedive üben, indem sie ihm nur die Wahl zwischen freiwilliger oder erzwungener Abdankung zu Gunsten seines Sohnes Tewfik Pascha lassen. Diesen Absinnen gegenüber hat der Khedive sich zwar eine vierundzwanzigstündige Bedenkzeit ausgebeten, aber gleichzeitig schon seinen Rücktritt begonnen, indem er dem Verlangen der Westmächte nachzukommen verspricht.

Aus der **türkischen** Hauptstadt wird der „Dtsch. Ztg." „auf vertraulichem Wege" von zunehmenden Oppositionsgelüsten des Altthronthums berichtet. Die Führer dieser Partei planen demnach eine Massendemonstration, welche den Sultan veranlassen soll, bezüglich Ost-Rumeliens von Noten endlich zu einer entscheidenden That überzugehen. Zugleich beabsichtigen sie in einer Ergebenheitsadresse den Sultan zu ersuchen, daß die Pariser bereit sei, auf ihre Kosten eine Freiwilligen-Legion von 30,000 Mann zur organisiren. Der Ministerrath warnte höflich vernünftiger Weise den Sultan vor einem übereilten Entschluß.

Der Wiener „Presse" zufolge beruhen die gegen Osman Pascha wegen Unterschleifs erhobenen Beschuldigungen darauf, daß derselbe zur Zeit der russischen Okkupation in Rumelien 6 Millionen Piaster bes für die Armee bestimmten Soldes für sich verwendet hätte. Die Armee sei gegen Osman Pascha aufgebracht, dagegen werde er von den höheren Offizieren und den ehemaligen Großvezieren Achmed Vefik und Sadyk Pascha vertheidigt.

Die Aussichten **Serbiens**, in seinem Grenzstreit mit Bulgarien durchzudringen, sind nicht die günstigsten. Daß es von Rußland für seine Aspirationen keine Unterstützung findet, ist bereits gemeldet. Der „Köln. Ztg." zufolge hat Serbien bei England ebenso wenig Erfolg, da das Kabinet von St. James dem Ministerpräsidenten Herrn Ristics durch seinen Vertreter in Belgrad erklärt haben soll, daß es außer Stande sei, Abweichungen von den die serbisch-bulgarische Grenze regelnden Bestimmungen des Berliner Vertrages zu tolerirer. Herr Ristics habe sich hierbei allerdings nach nicht beruhigt, sondern in einer weiteren Note das Verlangen Serbiens aufrecht zu erhalten gesucht.

Im Gegensatze zu Serbien, dessen Regierung, Volk und Presse von den im Fürstenthume **Bulgarien** sich manifestirenden Tendenzen wenig erbaut sind, hat man in Cettinje, wie der „Pol. Corr." von dort geschrieben wird, von St. Petersburg aus beeinflußt, vom Tage der in Tirnowa vollzogenen Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien die Wege gesucht und gefunden, welche zu einem innigen Verhältnisse zwischen den beiden Fürstenthümern zu führen vermögen. Das Gratulationsschreiben des Fürsten Nikolaus traf den Prinzen Alexander in Livadia und von dort aus erfolgte eine in den wärmsten Ausdrücken abgefaßte Antwort. Der Fürst von Bulgarien giebt seinem auf richtigen Wunsche Ausdruck, zu dem Herrscher des „heldenmüthigsten Volkes auf der Balkan-Halbinsel" die „besten, echt brüderlichen" Beziehungen zu pflegen, um so für die Wahrung der beiderseitig fast identischen Interessen die sichersten Garantien zu gewinnen. Zum sog. Krönungsakte, eigentlich zur Feier der Eidesleistung des Fürsten von Bulgarien, soll eine aus den ersten montenegrinischen Würdenträgern bestehende Gesandtschaft nach Tirnowa geschickt werden. Bei dieser Gelegenheit soll, wie die „Pol. Corr." meint, die Frage der gegenseitigen Vertretung in Sofia und Cettinje besprochen und auch wohl geregelt werden.

Das gehernische Dementi der „Pol. Korr.", welches allen tendenziösen Entstellungen den in **österreichisch-ungarischen** Regierungskreisen betreffs Novibazars herrschenden Absichten einen starken Riegel vorschiebt, hat in einem Theile der Wiener Journalistik böses Blut gemacht, und ergeht sich namentlich die „N. Fr. Pr." in einer sehr gereizten Kritik des Verfahrens der „offiziösen Dementirungsmitrailleuse", was für die Loyalität des genannten Blattes um so befremdlicher erscheint, je lärmender es von jeher gegen die Expansionstendenzen der Reichspolitik opponirt hatte.

In Ergänzung zu den richtigstellenden Kommentaren über die kürzlich stattgehabten militairischen Konferenzen im Kriegsministerium schreibt man dem „Pester Lloyd" aus Wien, 17. Juni:

„Die Anwesenheit der Generale v. Philippovics (Franz) und v. Pielsticker hat zu mancherlei Diskussionen, aus den mannigfachsten Gesichtspunkten reflektirt mit dem Vormarsch nach Novibazar in Zusammenhang bringen. Dies ist indessen nicht der Fall. Feldmarschall-Lieutenant v. Pielsticker war nur in Privatangelegenheiten hier und Feldzeugmeister v. Philippovics berührt eigentlich Wien auch nur en passant. Sein Reisezel ist Marienbad, und da er seit zwei Jahren nicht auf Urlaub war und vor zwei Jahre mehr als irgend ein Landeskommandirender durch die Sorgen der Okkupation in Anspruch genommen worden war, wird man ihm den Urlaub nicht mißgönnen. Allerdings hat Feldzeugmeister Philippovics in Wien auch Gelegenheit genommen, einige der allermaßgebendsten Persönlichkeiten der Armee zu sprechen, und es dürfte dabei kaum ausschließlich von den Hotels in Marienbad die Rede gewesen sein. Es ist natürlich, daß man, da Feldzeugmeister Philippovics nicht nur Landeskommandirender, sondern auch simple in Kroatien, sondern als solcher auch Zivilregent der noch nicht provinzialisirten Militairgrenze ist, daß man mit ihm auch über die Frage der Provinzialisirung gesprochen hat, und seine Meinungen werden natürlich von hoher Wichtigkeit sein. Ein förmlicher „Marschkriegsrath" ist aber FZM. Philippovics nicht nach Wien berufen worden, und es hat in letzterer Zeit überhaupt keine derartige militairische Versammlung stattgefunden, die man mit diesem Namen bezeichnen könnte. Die Konferenzen, die im Kriegsministerium abgehalten, waren Fachkonferenzen und bezogen sich auf rein technische Fragen, als da sind: Aenderungen in der Adjustirung, Bewaffnung u. s. w. Man will eben von den Erfahrungen, die man im letzten Feldzuge gemacht hat, praktisch profitiren."

Der kürzlich erwähnte Zwischenfall in der **italienischen** Kammer, der durch die entstellte Wiedergabe einer Aeußerung des Herrn Depretis hervorgerufen und in der französischen Hauptstadt nicht unbemerkt geblieben war, hat keine befriedigendste Erledigung gefunden. Pariser Zeitungsnachrichten zufolge hatten sich die vier Deputirten des Departements der Seealpen an den Minister des Auswärtigen gewendet und ihn um Aufklärung gebeten, worauf sie zur Antwort bekamen, daß Hr. Depretis die ihm zugeschriebene Aeußerung über Savoyen und Nizza auf telegraphischem Wege dementirt und die Uebersendung des offiziellen Textes seiner bezüglichen Rede angekündigt habe.

Aus Mailand wird gemeldet, daß der daselbst wegen des Verdachts, daß er sich mit Attentatsplänen gegen die Königin von England trage, verhaftete Doktor Wede nach Neapel geschafft und seine Inhaftnahme aufrecht erhalten worden sei.

Das „Univers" erfährt aus Rom, daß der **Papst** in Anerkennung der erfolgreichen Begleitung des armenischen Konfessionellen Konflikts den türkischen Würdenträgern Khereddin, Karatheodory, Osman und Said Pascha die Großtordons des Ordens Pius' IX. verliehen hat.

In der gestrigen Sitzung des **spanischen** Senates sprach der Minister des Auswärtigen, Marquis de Molins, sich nachdrücklich zu Gunsten einer Verstärkung der öffentlichen Gewalten gegenüber den subversiven Tendenzen des Nihilismus aus. Was den Insurgentenchef Ruiz Zorrilla betrifft, so machte der Minister die Ertheilung zur Rückkehr desselben nach Spanien von der Bedingung abhängig, daß er sich den Gerichten stelle. Die Worte des Ministers sind der ernstesten Beherzigung jedes wohlmeinenden spanischen Patrioten werth, der da einsieht, daß die Aera der Revolutionen vor allen Dingen geschlossen werden muß, wenn das Land innerlich gesunden soll. Daß es die Regierung nicht nur bei Worten bewenden läßt, zeigt das energische Einschreiten der Behörde gegen die Urheber eines soeben in San Miguel bei Xerez entdeckten sozialistischen Komplots.

Die **chinesischen** Regierungstruppen unter dem als Eroberer der Kaschgarei viel genannten General Liu-chin-tang haben nach der amtlichen „Pekings-Zeitung" dem Kaiserlichen von Chima zurückeroberten Gebiete von Kaschgar eine Reihe von Siegen über die in jenes Gebiet eingedrungenen buruttischen und andidschanischen Rebellen davongetragen.

Vom Reichstage.

* Die Geschäftsordnungs-Kommission hat einen Nachtragsbericht zu dem Bericht, betreffend die Frage der Fortdauer des Mandats mehrerer Abgeordneten (in Folge der durch die Justizorganisation mit dem 1. Oktober a. c. eintretenden Aenderung in deren richterlichen Berufsstellung), an den Reichstag erstattet. In demselben wird zunächst in analoger Weise, wie in den anderen Fällen, das Mandat des Abg. Kiefer „zur Zeit" für nicht erloschen erklärt. Bemerkenswerther ist der zweite Theil dieses Nachtragsberichtes; in demselben wird ein Antrag des Abg. Dr. Bürk, — dem sich die Abgg. Dr. Dreyer, v. Geß, v. Forcade und Dr. v. Gravenitz angeschlossen haben — erörtert. Abg. Dr. Bürk beantragte nämlich:

„Der hohe Reichstag wolle — neben Entscheidung der Frage, ob das Mandat der betreffenden Abgeordneten „zur Zeit" erloschen sei — auch die Frage entscheiden, ob infolge der gedachten Ernennungen die fraglichen Mandate mit dem 1. Oktober d. J. erlöschen."

Die Kommission hat indeß nicht geglaubt, auf diesen Antrag eingehen zu sollen. Sie sei auch bei ihren früheren Beschlüssen sich dessen nicht bewußt gewesen, daß verschiedene Interessen geltend gemacht werden könnten, um die Ertheilung einer noch weiter gehenden Entscheidung zu bewirworten. Allein selbst eine Berücksichtigung dieser Interessen hätte nicht dahin führen können, die Kommission ohne Weiteres zur Erörterung von Fragen zu veranlassen, zu deren Beantwortung zur Zeit ein praktisches Bedürfniß nicht vorliege. Der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission empfiehlt demnach die Uebergehung des Antrages zur Tagesordnung.

* Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen bremischen Gebietstheilen zugegangen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König nahm heute Vormittag den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Pückler und des Hofmarschalls Grafen Perponcher entgegen und empfing Mittags im Beisein des Gouverneurs, Generals der Infanterie v. Boyen und des Kommandanten Generalmajors Grafen v. Wartensleben, die Kommandeure der 10. Kavallerie- und der 18. Infanterie-Brigade, Generalmajors v. Knobelsdorff-Brenchenhoff und v. Klitzing, sowie den Oberst vom 1. Garde-Regiment z. F. v. Lettow und den Kommandeur des Pommerschen Train-Bataillons Oberst v. Pressentin. Nachmittags dinirte Se. Majestät der Kaiser und König allein.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Königin ist gestern Abend 8 Uhr von hier zunächst nach Weimar abgereist, von wo Allerhöchstdieselbe heute Abend sich nach Koblenz zu begeben gedenkt. Bei der Abreise von Berlin gab Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz seiner erlauchten Mutter bis zum Anhaltischen Bahnhofe das Geleit.

* Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz, welcher sich gestern früh zur Inspizirung der Schießschule nach Spandau begeben hatte, kam Mittags von dort nach Berlin, empfing den Militairbevollmächtigten bei der kaiserlich deutschen Botschaft in St. Petersburg, Generallieutenant und Generaladjutant v. Werder und einige Militairs, nahm Vorträge entgegen und ertheilte dem kaiserlich deutschen Generalkonsul in Bulgarien v. Thielau und dem japanischen Gesandten am hiesigen Hofe Audienzen. Nach der Rückkehr aus der Gewerbeausstellung nahm der Kronprinz bei den kaiserlichen Majestäten das Diner ein und besuchte dann nach Aufhebung der Tafel die Reitfestigen-Aufführung im provisorischen Kunstausstellungsgebäude. Nachdem Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz Abends 8 Uhr Ihre Majestät die Kaiserin nach dem Anhaltischen Bahnhofe geleitet hatte, kehrte Höchstderselbe um 9 Uhr wieder nach dem Neuen Palais zurück. — Die Frau Kronprinzessin war bereits um 3½ Uhr nach Potsdam zurückgekehrt.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Karl ist am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr von hier nach Schloß Glinike übergesiedelt.

* Der königliche Hof legt heute für die Prinzessin Marie Christine von Orleans und Bourbon, Infantin von Spanien, auf 8 Tage und für den Prinzen Wilhelm von Oranien, Kronprinzen der Niederlande, auf 14 Tage die Trauer an.

* Der Militairbevollmächtigte bei der kaiserlich deutschen Botschaft in St. Petersburg,